

FZ

Mai 2010

In Kooperation mit der
KfW Entwicklungsbank

FINANZIELLE ZUSAMMENARBEIT

A person wearing a full-body protective suit, including a helmet with a clear face shield and gloves, is kneeling in a field of dry, yellowish-brown grass. They are using a metal detector with a wooden handle and a circular coil on the ground. A white measuring tape is laid out on the ground next to them. In the background, there are some simple buildings and a red flag on a post.

Krisenintervention

[Zurück auf Start]
Erdbeben in Haiti und
Tsunami in Banda Aceh

[Afghanistan]
Auf langer Wegstrecke
schon viel erreicht

[Kongo]
Zusammenleben von
Opfern und Tätern

Chance des Neuanfangs

In fragilen Staaten trägt die Entwicklungszusammenarbeit dazu bei, Frieden und Stabilität zu sichern. Die KfW Entwicklungsbank unterstützt den Wiederaufbau – zum Beispiel in Haiti.



Nach dem Erdbeben in Port-au-Prince.

Nach dem Erdbeben ist in Haiti die KfW Entwicklungsbank im Auftrag der Bundesregierung mit wirksamer Hilfe zur Stelle. Sie beteiligt sich an der gemeinsamen Schadensanalyse der haitianischen Regierung und der Entwicklungspartner. Parallel laufen bereits die Vorbereitungen, um Haiti beim Wiederaufbau unter die Arme zu greifen. Mit Unterstützung der KfW wird der Entwicklungsfonds Fonds d'Assistance Economique et Sociale (FAES) u. a. in der Kleinstadt Léogâne Schulen, Gesundheitszentren und dergleichen wieder aufbauen. Diesen haitianischen Fonds unterstützen mehrere Geber gemeinsam.

Darüber hinaus soll mit KfW-Unterstützung ein dringend benötigtes Wasserkraftwerk rehabilitiert werden. Dieses Vorhaben war bereits vor dem Erdbeben geplant, wird nun aber noch zügiger umgesetzt. Für den wirtschaftlichen Aufbau und das Funktionieren der staatlichen Verwaltung ist die zuverlässige Stromversorgung elementar.

Haiti gilt als fragiler Staat, der an Gewaltkonflikten scheitern kann. Das macht entwicklungspolitische Erfolge besonders schwierig. Seit Jahren sind UN-Truppen auf der Insel stationiert, um Ausschreitungen zu unterbinden und für Stabilität zu sorgen. Damit die Regierung Legitimität gewinnt, sind sichtbare Entwicklungserfolge nötig – aber damit war die politische Führung des Landes in der Vergangenheit überfordert.

Typisch für fragile und krisenanfällige Staaten, die in der Regel von Willkür und Korruption geprägt sind, ist das fehlende Vertrauen der Bevölkerung in Rechtsstaatlichkeit und Regierungsführung. Solange keine stabile neue Ordnung zustande kommt und den Menschen keine Perspektiven geboten werden, kann Gewalt jederzeit aufkochen und eine neue Krise heraufbeschwören.

Die Fachwelt ist sich einig: Es kommt darauf an, ■ dass die Menschen, unmittelbar nach einer Krise schnell eine spürbare Verbesserung ihrer Lebensumstände erfahren; ■ dass sie Verantwortung für den Neuanfang übernehmen können und an Entscheidungen beteiligt werden; und ■ dass sie beim Wiederaufbau mitwirken können, Arbeit finden und Einkommen erwirtschaften. Wenn all dies gelingt, machen örtliche Gemeinschaften eine neue Erfahrung: Gemeinsame Anstrengung zahlt sich aus. Den alten Teufelskreis von Gewalt, Misstrauen und Stagnation zu durchbrechen ist die Voraussetzung für einen gesellschaftsweiten friedlichen Neuanfang.

Solche Prozesse lassen sich gezielt unterstützen, wie die Leiterin des Kompetenzcenters Governance, Carla Berke, erläutert, denn „die Grundbedürfnisse müssen erst einmal befriedigt werden“. So legten beispielsweise Eltern überall auf der Welt Wert darauf, dass ihre Kinder in die Schule gehen, denn „das ist ein klares Signal, dass eine bessere Zukunft möglich ist“. Andere dringliche Dinge sind Einkommen und Beschäftigung, die Wasser- und Stromversorgung sowie Verkehrswege. Derlei ist für produktive Wirtschaftstätigkeit und breit angelegten Wohlstand unverzichtbar. Die Erfahrung der KfW Entwicklungsbank zeigt zudem, dass gemeinsame Arbeit am Wiederaufbau hilft, Konflikte beizulegen und Vertrauen in zivilgesellschaftliche Interaktion zu schaffen.

Dass wirtschaftlicher Aufschwung politische Stabilität und auch Legitimität schafft, ist eine Grund Erfahrung der KfW Bankengruppe. Sie war ursprünglich für die Förderung des Wiederaufbaus der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

zuständig. Angesichts dieser Erfahrung lag es danach nahe, der KfW auch entwicklungspolitisch Aufgaben zu übertragen.

Lange Zeit dachten die Entscheidungsträger, dass Friedenskonsolidierung und Wiederaufbau erst beginnen, wenn ein Konflikt definitiv abgeschlossen sei. Inzwischen ist jedoch klar, dass die Unterstützung früh einsetzen und vieles gleichzeitig passieren muss. Entsprechend trägt die KfW möglichst schnell zu ganz unterschiedlichen Dingen bei wie

- der Aufrechterhaltung der Basisversorgung,
- der Versorgung von Opfern und der Wiedereingliederung von Flüchtlingen,
- der Reintegration ehemaliger Kämpfer,
- dem konfliktensiblen Wiederaufbau,
- dem Abbau von strukturellen Konflikursachen, wie die Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen oder die Konkurrenz um knappe Ressourcen bis hin zu
- der Wiederankurbelung von Wirtschaftskreisläufen.

Politische Desaster verursachen immenses Leid. Das gilt auch für Naturkatastrophen. Klar ist aber auch, dass tiefe Einschnitte in fragilen Staaten die Chance zum Neuanfang bieten können. Ein deutliches Beispiel für solch eine glückliche Wendung bietet die indonesische Provinz Aceh auf Sumatra.

Als der Tsunami 2004 die Küste der Insel überrollte, konzentrierte sich die internationale Aufmerksamkeit zunächst unmittelbar auf die betroffenen Küstenregionen. Die KfW Entwicklungsbank achtete dennoch darauf, dass auch die von konfliktbedingter Zerstörung betroffene Bevölkerung im Hinterland von Gesundheits- und Wohnungsbauprojekten profitierte. So diente das Wiederaufbauprogramm auch dazu, bestehende Disparitäten auszugleichen. Wichtig war dabei auch die Wiederherstellung öffentlicher sozialer Grunddienste. Im Provinzkrankenhaus von Banda Aceh haben zunächst die Bundeswehr und das Technische Hilfswerk (THW) zusammen mit internationalen Partnern erste Hilfe geleistet. Später wurde dann – unter anderem mit prominenter FZ-Unterstützung im Auftrag der Bundesregierung – ein modernes, erdbebensicheres Krankenhaus gebaut.

Tatsächlich wurde der Tsunami dann zum Schlusspunkt zuvor lange anhaltender Gewalt. Im achten Monat nach dem Seebeben unterschrieben die Konfliktparteien ein Memorandum of Understanding. Im Dezember 2006 fanden friedliche Regionalwahlen statt, die zu einer gewissen Autonomie von der Zentralregierung führten.

In Haiti hoffen die Menschen nach dem Erdbeben auf eine ähnliche Chance. Die KfW Entwicklungsbank hat gelernt, möglichst schnell anzupacken, um langfristige Chancen zu nutzen. Rasches Engagement zahlt sich besonders in Krisengebieten aus. (dem)

Politikziel: Frieden und gesellschaftliche Stabilität

Die Bundesregierung – so steht es im Koalitionsvertrag von Unionsparteien und FDP – hat ein „vernetztes“ Verständnis von Sicherheit. Das heißt einerseits, dass militärische Sicherheit nicht möglich ist, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht stimmen, dass andererseits aber auch Rechtsstaat und Menschenrechte im Zweifel militärisch geschützt werden müssen. Entsprechend bemüht sich die deutsche Entwicklungspolitik darum, in Krisengebieten die Voraussetzungen für langfristiges Wirtschaftswachstum und stabile politische Verhältnisse zu schaffen.



Um nach dem Erdbeben in Haiti die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und den Grundstein für den Wiederaufbau des Landes zu legen, ist mehr nötig als unmittelbare humanitäre Hilfe. Dirk Niebel, der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sagte im Januar: „Es ist wichtig, den Menschen in Haiti schnell weitere Unterstützung zu geben.“

Aber auch in anderen Krisengebieten – etwa in Afghanistan oder im Osten Kongos – beherzigt die Bundesregierung das Prinzip der vernetzten Sicherheit. Niebel wertet positive entwicklungspolitische Daten aus Afghanistan deshalb auch als sicherheitspolitische Erfolge. Zum Beispiel bekamen dank Unterstützung der internationalen Gemeinschaft 900 000 Menschen in Afghanistan seit dem Sturz der Taliban – zum Teil zum ersten Mal überhaupt – Zugang zu Strom und sicherem Trinkwasser. 100 000 Lehrer wurden neu eingestellt und rund 60 000 Mikrokredite konnten dank der Förderung durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit vergeben werden (siehe Kasten Seite V).

Weitere Informationen: <http://www.bmz.de>

Impressum

Verantwortlich: Michael Seyler,
KfW Bankengruppe
Redaktion: Dr. Hans Dembowski
Autor: Stephan Loichinger

Grafik-Design: Jörn Roßberg
Druck und Verlag:
Frankfurter Societät,
Postfach D-60268 Frankfurt

„Zweigleisig fahren“

Entgegen dem Eindruck, den die westliche Öffentlichkeit von Afghanistan hat, kommt der Aufbau des Landes in vielerlei Hinsicht voran. Die KfW Entwicklungsbank arbeitet bei ihren Projekten zweigleisig: Einerseits sollen erste Fortschritte schnell sichtbar werden, zugleich sind aber alle Vorhaben auf Dauer angelegt.



Michael Gruber
Büroleiter der KfW Entwicklungsbank
in Afghanistan

Ist Ihr Alltag in Kabul gefährlich?

Ich bin nicht direkt bedroht, nein. Es gibt – wie überall – eine theoretische Wahrscheinlichkeit, dass einem etwas zustößt, und ein Unfall oder ein Anschlag in Afghanistan wirkt auf die Öffentlichkeit eben anders als etwa ein Verkehrsunfall in Deutschland. Es ist aber nicht so, dass wir uns nur mit kugelsicheren Westen bewegen. Der Alltag ist, wenn auch eingeschränkt, im Großen und Ganzen normal, wir fahren ins Büro, wir treffen uns mit unseren Partnern und gehen in Restaurants essen. Wir brauchen in Kabul und an den Projektstandorten auch keinen Personenschutz.

Müssen Sie irgendwelche Sicherheitsvorkehrungen beachten, also beispielsweise nicht immer um dieselbe Uhrzeit dieselbe Straße entlangfahren?

Unsere tägliche Arbeit ist so abwechslungsreich, dass das Entführungsrisiko gering ist. Mal müssen wir direkt ins Ministerium, mal treffen wir uns mit Vertretern anderer Geber, mal geht es direkt ins Büro. Ich stehe wirklich nicht jeden Morgen auf und überlege mir, worauf muss ich denn jetzt achten. Es gibt natürlich Grund- und Faustregeln, die man sich zur Gewohnheit macht. In Kabul verdichten sich manchmal Warnungen, und dann erfährt man zum Beispiel, dass man bestimmte Straßen meiden soll. Es kommt auch vor, dass „White City“ ausgerufen wird, dann bleiben alle, wo sie sind, weil es bei potenziellen Anschlägen auf öffentlichen Straßen und Plätzen immer am gefährlichsten ist.

Wie viele Leute arbeiten in Afghanistan für die KfW Entwicklungsbank, wer schützt Ihr Büro?

Wir sind zwei Entsandte plus vier afghanische Mitarbeiter in Kabul, und dann haben wir noch einen Entsandten im Norden, der mit zwei Mitarbeitern in Kundus stationiert ist. Unser Büro ist in einem „deutschen Haus“ untergebracht, in dem auch die GTZ und der DED Räume haben. Es wird von einer Sicherheitsfirma bewacht.

Die Taliban wurden Ende 2001 vertrieben. Seither kommt der Wiederaufbau offenbar kaum voran, aber die Sicherheitslage scheint immer schlechter zu werden.

Ob die Taliban wirklich vertrieben wurden oder nur abgetaucht sind, darüber scheiden sich die Geister. Sie müssen sich zudem vor Augen halten, dass sich das Land 2001 in einem Zustand totaler Zerstörung befand. Es ging nicht bei null los, sondern weit darunter. Die Mitarbeiter des Stadtentwicklungsministerium verfügten damals über ein einziges beheiztes Zimmer mit Fenster. Kein Drucker, kein Telefon, kein Strom. Die Infrastruktur war kaputt, kompetentes Personal war geflohen. Um zu messen, was erreicht wurde, muss man sich daran erinnern – und dann wird klar, dass in wichtigen Sektoren wie Energie, Wasser, Bildung und Wirtschaftsentwicklung sehr viel erreicht wurde.

Nennen Sie bitte ein paar Beispiele.

Im Energiesektor arbeiten wir an einigen Kraftwerken. Unter anderem hat die KfW Entwicklungsbank im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zwei alte Kraftwerke unweit von Kabul rehabilitiert. Sie haben zeitweilig fast 40 Prozent des in Kabul verfügbaren Stroms geliefert. Nötig waren natürlich auch Verbesserungen in Verteilernetz und Umspannwerken. Außerdem war die KfW maßgeblich daran beteiligt, die Überlandleitung von Usbekistan zu realisieren. An diesem Milliardenprojekt haben viele Geber mitgewirkt. Es hat bewirkt, dass seit einem Jahr die Hauptstadt und andere Städte praktisch rund um die Uhr mit Strom versorgt werden. Davor hatte man, wenn überhaupt, vielleicht drei bis vier Stunden Strom an jedem dritten Abend.

Was können Sie im Wassersektor vorweisen?

Das sind Erfolge, die die Menschen hier buchstäblich sehen können. Die Stadt Herat hat heute mit Ausnahme der Flüchtlinge zu fast 100 Prozent Zugang zu sauberem Trinkwasser. Bald werden Leitungen auch die Flüchtlingssiedlungen erreichen. Auch in Kundus gibt es mittlerweile sicheres Trinkwasser für immerhin fast ein Drittel der Bevölkerung. Das ist durch die Arbeit der KfW und das Geld des BMZ möglich geworden. Wichtig ist, dass die Verbraucher Gebühren zahlen, sodass das Modell auf Dauer funktionieren kann. In Kabul wurden

die Grundlagen geschaffen, um 1,4 Millionen Menschen mit Trinkwasser zu versorgen. Das System kann in wenigen Jahren fertiggestellt werden, wenn weiter investiert wird. Und wie gesagt, wir mussten ganz von vorne anfangen: Brunnen bohren, Leitungen legen und so weiter.

Was haben Sie im Bildungswesen erreicht?

Über unser Engagement im Bildungssektor Afghanistans wollen wir die strukturellen Reformen in diesem Bereich unterstützen. Denn eine gute Schul- und Berufsbildung bietet den Menschen Zukunftsperspektiven und entzieht dem Terrorismus den Nährboden. Besonderes Augenmerk liegt auf der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und der Schulbildung für Mädchen. Trotzdem gehen immer noch zu wenig Mädchen zur Schule, einige Modellschulen ändern daran nicht viel, das Land braucht ein paar Tausend neue Schulen. Aber der Anfang ist gemacht, und gute Beispiele lassen sich replizieren. Außerdem trägt Deutschland auf dem Weg der Korbfinanzierung zum landesweiten Bau von Schulen bei. Wir verstärken obendrein ganz erheblich unser Engagement in der Berufsbildung, denn nachdem die Einschulungsraten gestiegen sind, stellt sich die Frage, was aus den Schulabgängern wird. Derzeit bietet das Bildungsministerium Berufsschulplätze für 19 000 Jugendliche an. Wir haben aber weit über 100 000 Abgänger ohne Perspektive. Dank der Investitionen des BMZ und unserer Arbeit wird es bald sieben zusätzliche Berufsschulen geben.



KfW-Entwicklungsbank

„Das Land braucht ein paar Tausend neue Schulen. Der Anfang ist gemacht“

Damit sich die Ausbildung lohnt, muss aber auch die Wirtschaft in Schwung kommen. Sonst gibt es keine Arbeitsplätze.

Und damit das geschieht, muss die nötige Infrastruktur geschaffen werden: Straßen, Brücken, Märkte, Kraftwerke, Flughäfen oder auch das Bankwesen. Bisher sind die Verkehrsverbindungen schlecht und unsicher, Transport ist deshalb langsam und teuer. Privatfirmen bekommen kaum Kredit. Wir arbeiten daran, dass das alles besser wird.

Auf welche Güter könnte sich der Wirtschaftsaufschwung denn stützen?

Kapital für kleine und mittlere Unternehmen

Die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH – unterstützt seit 2002 den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Afghanistan. Das Unternehmen der KfW Bankengruppe arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) daran, die Kreditvergabe an Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen auf Vordermann zu bringen.

Afghanischen Banken fehlt es an Fachpersonal, zeitgemäßer Kredittechnologie und Organisationsformen. Die DEG hat deshalb zunächst Existenzgründer mit nicht rückzahlbaren Eigenkapitalhilfen und Bera-

tung gefördert. 2005 folgte der Aufbau einer Kredit-Garantie-Fazilität (KGF) mit dem Ziel, afghanische Geldhäuser an die Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen heranzuführen. Dieses Programm wird von USAid und dem BMZ finanziert. Die DEG wird in Kabul von einem Langzeitexperten vertreten. Zu seinem Projektbüro „Afghan Credit Support Program (ACSP)“ gehören mittlerweile 18 lokale Mitarbeiter, darunter sechs Kreditexperten, die er selbst ausgebildet hat.

Mit der KGF hilft die DEG afghanischen Banken, kleinen und mittleren Unternehmen Kredite im Volumen von 3000 bis 300 000 Dollar zu geben.

Die KGF kooperiert bislang mit der FirstMicro Finance Bank (FMFB) und der Afghan International Bank (AIB). Über finanzielle Sicherheit hinaus bietet sie Beratungs- und Ausbildungsleistungen.

Allein 2009 wurden 529 Garantiezusagen für ein Kreditvolumen in Höhe von 17,6 Millionen Dollar erteilt. Zum Jahresende 2009 haben die beiden Partnerbanken insgesamt über 1300 Kredite mit einem Kreditzusagevolumen von knapp 40 Millionen Dollar zugesagt. Damit konnten bisher rund 20 000 Arbeitsplätze geschaffen beziehungsweise gesichert werden. Die Partnerbanken beschäftigen rund 40 Mitarbeiter in eigens eingerichteten KMU-Abteilungen. (alh)



kfw Entwicklungsbank

„Wir mussten ganz von vorn anfangen, um die Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen.“

An interessanten Produkten herrscht kein Mangel. Afghanistan hat neben wichtigen Rohstoffvorkommen eine Menge von High-Value-Produkten, die in relativ geringen Mengen gute Umsätze bringen – Nuss- und Rosenöle zum Beispiel. Deshalb ist es auch sinnvoll, den Flughafen von Mazar-i-Sharif entsprechend internationaler Standards auszubauen – und an der Finanzierung dieses Projekts sind wir im Auftrag des Auswärtigen Amts beteiligt.

Seit einiger Zeit ist viel davon die Rede, im Kampf gegen die Taliban müssten die Herzen und Köpfe der Menschen gewonnen werden. Was bedeutet das für Sie?

Also die „hearts and minds“ muss vor allem die afghanische Regierung gewinnen. Wenn sie die Bevölkerung nicht landesweit davon überzeugen kann, dass sie die Bedingungen für Fortschritt schafft, Dienstleistungen anbietet, Krankenstationen und Schulen betreibt und so weiter, wird die Gesellschaft keinen Frieden und keine Stabilität finden. Deshalb werden die durch die KfW finanzierten Projekte von den afghanischen Ministerien durchgeführt und wir unterstützen sie dabei.

Aber auch von Ihnen wird doch sicherlich sichtbarer Erfolg erwartet – und zwar möglichst schnell.

Die KfW hat einen sehr guten Weg gefunden, indem wir bei vielen Projekten von Anfang an zweigleisig fahren. Einerseits muss eine Maßnahme langfristig sinnvoll sein, sonst lohnen sich Investitionen nicht. Wir arbeiten mit Machbarkeitsstudien und solide mit afghanischen Parteien durchdachten Konzepten. Die Verfahren müssen auch stimmen, damit es nach Ausschreibungen zum Beispiel nicht heißen kann, da habe jemand Vettern und Freunde bedient. Das alles erfordert Zeit, aber wenn man, wie ich eben sagte, unter null anfängt, muss man nun mal Geduld haben. Andererseits ist auch klar, dass Fortschritt erkennbar sein muss. Deshalb gehen wir Dinge, die sowieso getan werden müssen, auch sofort an.

Was heißt das konkret?

Nehmen Sie zum Beispiel den Flughafen in Mazar-i-Sharif: kleinere Komponenten wie die Asphaltierung der Zufahrtsstraße müssen früher oder später erledigt werden. Wir tun es so früh wie möglich. Ingenieure würden normalerweise damit erst anfangen, wenn das Gesamtkonzept steht. In Mazar haben wir aber einen Kanal, der im Weg war, gleich umsetzen lassen, sodass kurz nach der Projektzusage erste Aktivitäten zu sehen waren. Ein willkommener Nebeneffekt war, dass Arbeiter beschäftigt wurden, die Geld verdient haben. Die Bevölkerung wurde also beteiligt. Je mehr das gelingt, je mehr Schweiß die Leute in etwas gesteckt haben, umso mehr wird das Ergebnis zu etwas, das sie auch zu verteidigen bereit sind. Wenn sich Menschen mit einer Sache identifizieren, weil sie es als ihr Eigentum betrachten, verhalten sie sich nun mal anders, als wenn das nicht der Fall ist. Das gilt auch in Afghanistan.

In der internationalen Entwicklungsdebatte wird „Ownership“, also die Eigenverantwortung der jeweiligen Regierungen, betont. Afghanische Politiker haben sich aber immer wieder darüber beschwert, dass die verschiedenen Geberinstitutionen und Hilfswerke an ihnen vorbei agieren. Trifft Sie diese Kritik?

Nein. Bei uns sitzen die Partner am Steuer. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Für die Planung und Umsetzung von Entwicklungsvorhaben sind die Institution des Partnerlandes zuständig. Das bedeutet natürlich, dass Verhandlungen oft mühsam und langwierig sind – nicht zuletzt, weil wir genau darauf achten, dass alte Mittel zweckkonform verwendet werden. Aber der Aufwand lohnt sich. Denn er trägt dazu bei, dass die Institutionen im Partnerland selbst die entsprechenden Kompetenzen aufbauen, die sie langfristig brauchen.

Neue Wege

Nach dem Ende des verheerenden Bürgerkriegs hoffen die Menschen im Osten Kongo auf eine bessere Zukunft. Die KfW Entwicklungsbank sorgt dafür, dass sie schnelle Fortschritte sehen und dass friedliches Zusammenleben von Opfern und Tätern möglich wird.

Es fing an mit einer Straße. Sie führt von Walikale über Lubutu nach Obokote, Orten im Osten der Demokratischen Republik Kongo, entlang der Seen des Ostafrikanischen Grabens. Die Gegend ist sehr fruchtbar – aber seit 1996 wuchs hier kaum etwas. Damals zogen Rebellen in dieser auch an Bodenschätzen reichen Region in den Kampf gegen das Regime des damaligen Diktators Joseph Mobutu. Jahrelanger Bürgerkrieg verhinderte danach die Bestellung des Landes. Die Straßen verkamen zu Trampelpfaden.

Seit wenigen Monaten fahren nun zwischen Walikale, Lubutu und Obokote wieder Lastwagen. Bauern bringen ihre Erzeugnisse zu den Märkten der Region. Vertriebene finden den Weg zurück in ihre Dörfer. Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben kam dank der Reperatur der Straße wieder in Schwung, wie Claudia Bürkin von der KfW Entwicklungsbank berichtet. Die Bank finanzierte von 2005 an nach dem Ende der Kämpfe die Reparatur der Straße.

Claudia Bürkin zitiert eine Wirkungsstudie: Dank der wieder befahrbaren Straße erreichen zivile Fahrzeuge nun 109 Dörfer – sowie elf Märkte, 22 Gesundheitszentren und 94 Schulen. „14 500 Haushalte profitieren davon, dass in der Region wieder Landwirtschaft betrieben werden kann“, sagt die KfW Projektmanagerin. In den Dörfern wurden neue Häuser gebaut, Vertriebene kamen zurück, es gibt mehr Waren auf den Märkten, die Transportkosten sind merklich gesunken.

Das mit den Verantwortlichen in der DR Kongo aufgelegte und vom BMZ geförderte Programm verfolgte mit der Strassenerneuerung ein weiteres Ziel: die Re-Integration von Ex-Kombattanten. Ein Viertel der Bauarbeiter waren ehemalige Rebellen und demobilisierte Soldaten. Über fünf Jahre verdienten 619 frühere Krieger täglich zwei bis vier Dollar – Startgeld für eine friedliche Zukunft. „Nach der Demobilisierung und der Rückkehr der Kämpfer in die Heimatorte stellte sich die Frage der Wiedereingliederung“, sagt Bürkin. „Wir mussten gemeinsam mit unseren kongolesischen Partnern überlegen, wie ihnen Beschäftigung ermöglicht werden kann.“ Außerdem half das KfW-Programm mit einem Gesamtumfang von 14,4 Millionen Euro

dabei, rund 4500 ehemaligen Kindersoldaten erstmals oder erneut den Schulbesuch zu ermöglichen.

Wer die ehemaligen Täter unterstützt, ins friedliche Leben zurückzufinden, darf die Opfer nicht vernachlässigen. Nach dem Ende des Bürgerkriegs leben sie oft als Nachbarn nah beieinander. Die KfW Entwicklungsbank ist deshalb auch bei der medizinischen und psychosozialen Betreuung von vergewaltigten Frauen und Mädchen aktiv. Die traditionelle „verdrehte Rechtsauffassung“ mache aus den geschändeten Frauen „Ausgestoßene aus der Gesellschaft“, sagt Bürkin. Doch auch hier tut sich ein neuer Weg auf (siehe Kasten nächste Seite).

„Wir wollen die gesamte Bevölkerung am Wiederaufbau beteiligen“, betont Bürkin. Die KfW und ihre Partnerorganisationen vor Ort – darunter die Welthungerhilfe, aber auch die lokale NGO Heal Africa und die kongolesische Caritas – unterstützten über 21 000 Familien bei der Wiederaufnahme der Landwirtschaft, finanzierten die Reparatur von ländlichen



KfW Entwicklungsbank

Verkehrswege sind eine wichtige Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung.

Wegen, die Ausrüstung von Gesundheitszentren und vergaben Kleinkredite. „Das alles war und ist nicht einfach in einem Staat, in dem es schon vor dem Beginn des Bürgerkriegs praktisch keine öffentlichen Dienstleistungen gab“, sagt Bürkin. Nach wie vor fehlt es an vielem. Es gibt kein Grundbuch über Landbesitze und keine funktionstüchtige Justiz.

Im Osten Kongos ist die Lage weiterhin instabil. Viele UN-Friedenstruppen sind vor Ort. Bürkin erläutert, es sei wichtig, die Lebensbedingungen rasch zu verbessern, damit die Bevölkerung „eine unmittelbare Friedensdividende“ sieht. Dafür legte die KfW im Auftrag der Bundesregierung und des kongolesischen Planministeriums einen Friedensfonds über 50 Millionen Euro auf. Er enthält, um eine Polarisierung zwischen Osten und Westen des Landes zu vermeiden, Mittel für insgesamt vier Regionen. Möglichst viele Menschen sollen beim Wiederaufbau Beschäftigung und Einkommen finden. Gleichzeitig fördert die KfW Entwicklungsbank mit ihrem Engagement auch den Aufbau von Staat und Institutionen, wie etwa in der Wasserversorgung, im Finanzsektor und dem Schutz natürlicher Ressourcen. Dies sind die Schwerpunkte, auf die sich die deutsche und kongolesische Regierung für die nächsten Jahre verständigt haben.

Die Menschen im Osten Kongos hegen „große Erwartungen an den Frieden“, wie Claudia Bürkin von ihren regelmäßigen Besuchen in der Region weiß. Sie seien zwar seit Jahrzehnten gewöhnt, sich irgendwie durchzubeißen („se débrouiller“). Bürkin ist aber aufgefallen, dass viele erwarten, dass es jetzt auch endlich mal besser werde. (Stephan Loichinger)



KfW Entwicklungsbank

Wirtschaftliche Produktivität stärkt das Selbstbewusstsein.

Sexualisierte Gewalt: „Verdrehte Rechtsauffassung“

Die Zahlen lassen den Umfang der Gewalt und das Leid erahnen: Nach dem Ende des Bürgerkriegs in der DR Kongo wurden im Rahmen der deutschen finanziellen Zusammenarbeit in der östlichen Region von Maniema und Nord-Kivu rund 9600 Frauen medizinisch behandelt oder operiert, fast 10 000 psychosozial betreut. „Vergewaltigter in Kongo sind besonders brutal“, sagt Claudia Bürkin von der KfW Entwicklungsbank. Manche Frauen mussten für Operationen in das Krankenhaus der Provinzhauptstadt geflogen werden. Manche können dauerhaft nicht mehr körperlich arbeiten.

Zentral für die Frauen ist die medizinische Behandlung der Folgen, die sie sich selbst nicht leisten können und die viele lokale Gesundheitszentren der Region ohne Unterstützung nicht selbst durchführen können. Doch es geht um sehr viel mehr. Viele Opfer leiden unter schweren Schuldgefühlen. KfW Projektmanagerin Bürkin

spricht von einer „verdrehten Rechtsauffassung“. Dass sie nicht selbst an der Vergewaltigung schuld sind, ist in Kongo nicht selbstverständlich“, sagt Bürkin. Häufig würden betroffene Frauen verstoßen und verlören den Kontakt zu ihren Kindern.

Damit die Traumaverarbeitung in diesen schwierigen Rahmenbedingungen gelingt, hat die KfW Entwicklungsbank zusammen mit der unabhängigen Organisation Heal Africa ein Modell für die medizinische und psychosoziale Betreuung vergewaltigter Frauen und Mädchen entworfen. Ein zentrales Element sind die Conseillères. Rund 240 solcher lokaler Beraterinnen wurden ausgebildet. „Sie kennen die Lebensrealität der Opfer und sind auch noch da, wenn das Projekt abgeschlossen ist“, berichtet Bürkin.

Die Conseillères haben einen besseren Zugang zu den Frauen als Fachleute aus dem Ausland oder der fer-

nen Hauptstadt Kinshasa. Die Conseillères sprechen mit den Opfern, ihren Ehemännern und Familienangehörigen. Sie wirken auch bei öffentlichen Aufklärungen mit. Auf Dorfplätzen wurden bislang 740 000 Frauen und Männer darüber aufgeklärt, dass Vergewaltigung nicht die Schuld der Opfer ist, wo betroffene Frauen Hilfe finden und wie sexueller Gewalt vorgebeugt werden kann.

Weil die Eingliederung der Opfer ins Wirtschaftsleben wichtig ist, vermarkten die vom Programm unterstützten Frauen im Osten Kongos genossenschaftsähnlich landwirtschaftliche Erzeugnisse, selbst geschneiderte Kleidung und selbst hergestellte Seife. Rund 100 solcher Gruppen gibt es bislang in Maniema. „Die wirtschaftliche Komponente steigert das Selbstwertgefühl der Frauen und ist wichtig, damit sie ihren Platz in der Gesellschaft wieder einnehmen können“, betont Bürkin. (Ioi)